

IST DENN DER KV OLDENBURG-STADT
?? NOCH ZU RETTEN??

PAEDOL

GEW Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Kreisverband Oldenburg-Stadt

I.OG

staugraben 4a

GEW Gewerkschaft
Erziehung und W

4a

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft | Oldenburg-Stadt

Staugraben 4a | 26122 Oldenburg | Tel. 0441 - 957 28 45 (Mi + Do 15 - 18 Uhr)

www.gew-oldenburg.de

GEW

Inhalt

Liebe Leserin, lieber Leser!	3
Verbesserungen für die Oldenburger OBSen <i>Elfe Feller</i>	4
Termine	6
Grundschule: Problem nicht erkannt? <i>Daniela Knura</i>	7
Inklusionstreffen am 4. Dezember 2018 <i>Elfe Feller</i>	8
Tarifrunde Öffentlicher Dienst der Länder 2019 <i>Rita Vogt</i>	10
Pädagogische Impressionen	11
Lastenverteilung bei der Auflösung der Förderschulen <i>Hansjürgen Otto</i>	12
Zur schulischen Inklusion geflüchteter Jugendlicher <i>Hansjürgen Otto</i>	13
Demonstration gegen den AfD-Landesparteitag <i>Heinz Bührmann</i>	15
Der GEW-Kreisvorstand <i>Adressen, Funktionen, Termine</i>	18
Was würdest DU vermissen ...	19
Impressum	20

Liebe Leserin, lieber Leser!

In dieser PÄD-OL beleuchten wir – neben Artikeln zu schul- und gesellschaftspolitischen Themen – recht deutlich unsere altersbedingte Personalsituation. Auch wenn es sich so anhören mag ... es soll kein Jammern sein. Denn: den zukünftig zu befürchtenden personellen Notstand im KV Oldenburg-Stadt müssen wir thematisieren.

Die JahresHauptVersammlung wird sich ebenfalls dieser Thematik annehmen (müssen).

Wir glauben - trotz der knappen Ressourcen - in den letzten Jahren eine recht gute GEW-Arbeit geleistet zu haben, was auch an den Beiträgen dieser Ausgabe zu ersehen ist. Bitte nehmt die Artikel nicht nur zur Kenntnis, gebt uns vielmehr eine Rückmeldung über die Beiträge. Wir möchten, dass die PÄD-OL in der Mitgliedschaft diskutiert und dadurch verbessert werden kann.

Leider ist es uns (trotz allen Bemühens) bisher noch nicht gelungen, Mitglieder aus allen Gruppierungen zu aktivieren, um aus ihrer Sicht die

Lage / Veränderungen / Verbesserungen / Verschlechterungen an Schulen, Hochschule, für Tarifbeschäftigte und / oder Beamte in der PÄD-OL zu schildern.

Dieses Anliegen sollte unbedingt verwirklicht werden, damit die PÄD-OL eine interessante Mitgliederzeitung werden kann und nicht von Beiträgen der Vorstandsmitgliedern und vereinzelt Artikel Unentwegter leben muss.

Aber zunächst:
Wir wünschen eine interessante Lesezeit!

Der GEW-Kreisvorstand – Oldenburg-Stadt



Wie sieht es aus mit den Verbesserungen für die Oldenburger OBSen?

Am 12. April 2018 übergab der GEW-Vorsitzende des Kreisverbandes Oldenburg-Stadt, Heinz Bührmann, bei der Informationsveranstaltung der NWZ über die zukünftige Schulpolitik eine Resolution der Oldenburger OBSen an den Kultusminister Tonne. Diese Resolution wurde von fast allen Lehrkräften der OBSen unterschrieben. Herr Minister Tonne fand nach zwei Monaten auch Zeit für ein Antwortschreiben, in dem er Verständnis für die Nöte der an OBSen Arbeitenden zeigte. Doch die zu erwartenden Erleichterungen beschränkten sich auf eher formale Aspekte. (Dieses Antwortschreiben ist allen beteiligten OBS-Lehrkräften von uns zugeschickt worden.)

Insgesamt war die Reaktion aus dem Kultusministerium enttäuschend.

Erfreulicher für die OBSen verlief die Entwicklung im Schulausschuss der Stadt Oldenburg. Aufgrund intensiver Gespräche des Schulentwicklers Habeck gemeinsam mit den OBS-Leitungen und der Verwaltung konnten konkrete Punkte zur Stärkung der Oberschulen entwickelt werden, die vom Schulausschuss und dem Stadtrat genehmigt wurde.

*(Anmerkung: über zwei Jahre hinweg setzte sich eine Arbeitsgruppe der GEW-Oldenburg bei Schulpolitiker*innen und Verwaltung für eine perspektivische Entwicklung der Oldenburger OBSen ein, was nicht immer ein positives Echo fand, aber bestimmt auch richtungsweisende Impulse setzen konnte.)*

Nun wird es darauf ankommen, dass die zugesagten Fördermittel von 25.000 € pro OBS nebst 10.000 € für die eigene pädagogische Weiterbildung in 2019 auch zielführend eingesetzt werden können. Ebenso ist zu wünschen, dass das Projekt „Kompetenztransfer von der Förderschule Lernen an die Regelschulen“ durch externe Begleitung positive Auswirkungen zeigen wird. Eine deutli-

che Hilfe verspricht die zusätzliche Finanzierung von Stellen im Bereich des Freiwilligen Sozialen Jahres sowie die Umsetzung der pauschalierten Schulbegleitung. Dieses alles soll im Jahr 2019 realisiert werden.

Die Erweiterung des Musterraumprogramms für Oberschulen sieht weitere Flächenanteile für Kursbildung, sonderpädagogische Förderung, Sprachförderung, Schüler*innenfirmen, etc. vor. Allerdings erstreckt sich der Zeitraum bis zur vollständigen Umsetzung bis 2025.

Es wird immer wieder an die Umsetzung zu erinnern sein!!!

Was auf den ersten Blick hoffnungsfroh stimmen lässt, hilft den Kolleg*innen aktuell jedoch nicht.

Nach wie vor belasten die steigenden Anforderungen

- der Inklusion
 - der Migration
 - der sozialen Integrationshilfestellung
 - der Elternarbeit
 - der Zusammenarbeit mit außerschulischen Institutionen
 - der Eingliederung von Schüler*Innen in schulische Abläufe
 - des Auffangens der Verhaltensentgleisungen
 - des täglichen Vertrauensaufbaus
- die Kollegien der OBSen.

Die Personalräte der Oldenburger Oberschulen trafen sich am 5. Februar 2019 in der Geschäftsstelle der GEW, um sich über die übermäßigen Belastungen der Lehrkräfte an den jeweiligen OBSen auszutauschen.

Übereinstimmend beschlossen die Personalräte, dem Kultusminister ihre Belastungen anzuzeigen und Forderungen nach Verbesserungen - bezo-



Trafen sich in der Geschäftsstelle der GEW zum Austausch: die Personalräte der Oldenburger Oberschulen.

gen auf die jeweilige OBS - aufzuzeigen. So werden bis zu den Osterferien 2019 die Oldenburger Oberschulen individuell ihre (Über)belastungen darlegen und spezielle Verbesserungen für ihre Schulen einfordern.

Allen gemeinsam schweben u. a. als hilfreiche Bausteine für die Bewältigung des schulischen Alltags an den OBSen vor:

- Bezahlung nach A-13 für alle Lehrkräfte
- Zusätzliche Förderstunden in den Bereichen Sprache, DAZ, Lernen und emotionale-soziale Entwicklung
- Erhöhung des Stundenpools für Lehrkräfte mit besonderen Belastungen
- Doppelsetzungen in Klassen mit besonderem Anforderungsproblematiken
- Eine feste Verankerung der Besprechungs- und Beratungszeiten im Stundenplan

Es wird höchste Zeit, dass das Kultusministerium sich bewegt, denn:

die Krankenrate im OBS-Bereich steigt enorm und das Erreichen der regulären Regelaltersgrenze gelingt nur noch wenigen Lehrkräften. (Landesamt für Statistik Niedersachsen: 2016 erreichten 16,7% die geltende Regelaltersgrenze)

Die GEW-Oldenburg-Stadt hofft, dass diese Aktion der Oldenburger OBS-Personalräte eine Initiativzündung im Bezirk Weser-Ems – besser noch in ganz Niedersachsen – haben kann.

Vielleicht gelingt eine ähnliche Protestwelle wie die der Grundschulen in Niedersachsen. Es wäre zu wünschen!

Elfe Feller

Termine

Vertrauensleute- und Personalrätekonferenz

Donnerstag, 28. März 2019, Beginn: 10 Uhr in der Geschäftsstelle der GEW, Staugraben 4a

JahresHauptVersammlung

Donnerstag, 4. April 2019 um 19.30 Uhr im Kulturzentrum PFL, Peterstr. 3

Kreisvorstandssitzungen 2019

21. März 25. April
23. Mai 20. Juni
Juli-Sitzung entfällt wg. Sommerferien
22. August 19. September
Oktober-Sitzung entfällt wg. LDK
7. November 19. Dezember

Jeweils Donnerstags um 18 Uhr im GEW-Büro, Staugraben 4a, 26122 Oldenburg. Einladungen sind einzusehen unter: www.gew-oldenburg.de



Offene Sprechstunde

Die offene Sprechstunde ist ein neues Angebot in der GEW-Geschäftsstelle an jedem zweiten Dienstag von 16 bis 18 Uhr.

Start: am 5. März 2019

Weitere Termine: 19. März, 2. April, 7. Mai, 21. Mai, 4. Juni, 18. Juni

Verantwortlich sind der GEW Bezirksverband Weser-Ems und der GEW Kreisverband Oldenburg-Stadt

Impro-Theater für Neue

Impro-Theater *Wat Ihr Wollt* für neue GEW-Mitglieder mit dem Thema „Sprung ins kalte Wasser - neu in der GEW und / oder Schule“ am Samstag, den 11. Mai 2019 um 20 Uhr in der KuBar Oldenburg, Zeughausstr. 63-73. Einladungen werden den Betroffenen zeitnah zugeschickt.

Anerkennung für Langjährige

Seit drei Jahren bedankt sich der GEW Kreisverband Oldenburg-Stadt für die 40jährige Mitgliedschaft mit einem Theatergutschein. Diese kleine Anerkennung für langjährige Mitgliedschaft werden wir beibehalten.

Anforderungen in der Grundschule: Problem nicht erkannt?

Im Dezember hat sich unser Minister den Ärger vieler Grundschullehrkräfte zugezogen. Grund war seine Bemerkung, dass eine Reduzierung des Stundendeputats nicht einzusehen sei, da wir nach Bereinigung der Daten der Arbeitsbelastungsstudie vorgeblich weniger als die üblichen 40 Stunden in der Woche arbeiten würden. Im Januar dann wurde versucht, gegenzusteuern: Man wolle gleichwohl für eine stärkere Arbeitsentlastung an den Schulen sorgen.

Kürzlich folgte dann die Vorstellung der dazu geplanten, noch zu diskutierenden, Maßnahmen. Einige der elf genannten Vorhaben können tatsächlich Entlastung an den Grundschulen schaffen. Hierzu zählen die Aussetzung von VERA3, eine anlassbezogene Form der Dokumentation der individuellen Lernentwicklung, eine ebenso anlassbezogene Fokusevaluation, die Reduktion von Fachkonferenzen und die Verschlankung der Dokumentation beim Übergang von der Grundschule zu den weiterführenden Schulen. Wirksam werden diese Entlastungen allerdings nur in bestimmten Klassenstufen und zu bestimmten Zeiten.

Das Hauptproblem an den Grundschulen ist aber nicht die punktuelle Anhäufung von Arbeit in Belastungsspitzen, wie z.B. bei der Korrektur von VERA 3 oder beim vierteljährlichen Eintragen der Lernentwicklungsbögen - das wirkliche Problem besteht darin, dass der Schulbetrieb gegen 13 Uhr oder 15.30 Uhr zu Ende ist, ich keine Pause hatte, jedenfalls keine, in der ein entspannter Kaffee möglich gewesen wäre. So sieht ein ganz normaler Unterrichtstag aus. Regelmäßig kommen Konferenzen, Elternsprechtage, Fortbildungen dazu. Außerhalb der Sprechstage sind zwei bis drei Gespräche mit Eltern, Lernbegleitern, Familienhelfern und anderen Personengruppen völlig normal. Die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts findet zumeist am Wochenende statt. Kommen dann noch längere „Projekte“ wie die Umsetzung immer neuer Curricula oder Erlasse dazu oder die



Betreuung von PraktikantInnen und/oder ReferendarInnen, dann wird die eben beschriebene normale Arbeitswoche wiederum um ein paar Stunden verlängert.

Die Arbeitsverdichtung in der Schulwoche führt dazu, dass es häufig wenig oder keine Erholungspausen gibt. Entsprechend werden viele KollegInnen krank oder reduzieren Stunden, um dies zu verhindern. Die geplanten Maßnahmen können also nur ein erster Schritt sein, will man die Fürsorgepflicht für die anvertrauten Lehrerinnen und Lehrer ernst nehmen. Wir brauchen dringend eine deutliche Reduzierung des Stundendeputats und eine Anrechnung von Besprechungszeiten, Konferenzen, Fachkonferenzarbeit und diverser anderer schulischer Verpflichtungen, die wir bisher „so ganz nebenbei“ verrichten. Schon jetzt gibt es einen Mangel an Grundschullehrkräften. Die jetzt geplanten Maßnahmen werden nach meiner Auffassung nicht dazu beitragen, dass sich wieder mehr junge Leute für diese Laufbahn entscheiden werden. Dazu müsste ein deutliches Signal kommen, dass die Arbeit und die Menschen, die an dieser Schulform unterrichten, geschätzt und die Lehrkräfte vor Überforderung geschützt werden. Ein solches Signal wäre eine Reduzierung des Stundendeputats ebenso wie eine Anhebung des Gehalts auf A13.

Daniela Knura

Inklusionstreffen am 4. Dezember 2018

Auf Einladung des GEW-Kreisverbandes Oldenburg-Stadt fand am 4. Dezember 2018 ein Inklusionstreffen u. a. für Lehrkräfte, pädagogische Mitarbeiter*innen und Interessierte statt. Vertretungen von zwei Oberschulen, vier Grundschulen und einer Gesamtschule diskutierten unter der Leitung von Gesine Multhaupt und Silke Lüthmann darüber, welche Bedingungen nötig sind, um die Inklusion gelingen zu lassen – oder welche diese behindern.

Sowohl für den Primar- als auch für den SEK-I-Bereich wurde wiederum verdeutlicht, dass eine gute heterogene Mischung der Klassenzusammensetzung als auch der verlässliche Einsatz der Förderschullehrkräfte und der Schulbegleitungen die Voraussetzung für gelingende Inklusion ist.

Für den **Grundschulbereich** zeichnet sich ab, dass an mehreren Schulen in Oldenburg die sonderpädagogische Grundversorgung (zwei Stunden pro Klasse) nicht ausreichen kann, um auf Lernverzögerungen und emotionale Auffälligkeiten zu reagieren. Die Kompetenzbereiche der Schulbegleitungen und der pädagogischen Mitarbeiter*innen scheinen nicht überall abgestimmt zu sein.

Im **SEK-I-Bereich** leiden speziell die Oberschulen darunter, dass zu viele Kinder mit Auffälligkeiten innerhalb eines Klassengefüges die Inklusion erschweren. Die nur stundenweise Abordnung von Förderschullehrkräften, die wenig transparenten Einsatzmöglichkeiten der Schulbegleitungen und die nur zeitweise stattfindende Beratung durch Fachkräfte der Mobilien Dienste bei Schülerinnen und Schülern mit Auffälligkeiten im emotional-sozialen Bereich verhindern oft ein gutes pädagogisches Arbeiten.

Als ein sehr positives Zeichen wurde beim Inklusionstreffen die vom Land Niedersachsen angekündigte Möglichkeit der Versetzung von Förderschullehrkräften an allgemeine Schulen zum 1. August 2019 (Grund-, Ober-, Gesamtschulen und Gymnasien) angesehen. Damit wurde die Hoffnung verknüpft, Förderschullehrkräfte fest an die Regelschulen zu binden und dadurch die Teilstundenabordnungen eindämmen zu können.

Im Laufe der Diskussion wurden von den Teilnehmer*innen **Empfehlungen** für die Arbeit vor Ort / im Kollegium / im Team ausgegeben:

- Die Aufgabenbereiche der pädagogischen Mitarbeiter*innen und der Schulbegleitungen

sind genau abzugrenzen. Hilfreich dabei können die „Handreichungen der Stadt Oldenburg für den Einsatz und den Aufgabenbereich der Schulbegleitungen“ sein. (Diese Handreichungen sind in Druckversion bei der Stadt erhältlich, aber auch in der online-Version abzurufen.)

- Die pauschalierte Schulbegleitung für die erste und fünfte Klasse ist unbedingt von der Schulleitung bei der Stadt Oldenburg einzufordern.
- Die Schulbegleitung für eine Schule sollte möglichst durch einen Anbieter abgedeckt werden, damit vor allem im Vertretungsfall schnell gehandelt werden kann.
- Im Stundenplan sollten der Einsatz der Schulbegleitung sowie die Doppelsetzungen („Rucksackstunden“) als Förderung ausgewiesen werden. Das erleichtert Absprachen im Vorfeld und ermöglicht Konzeptentwicklungen im Kollegium und/oder zwischen den Beteiligten.
- Der Einsatz der Förderschullehrkräfte und der Schulbegleitung sollte schulintern an die Bedingungen der jeweiligen Klasse geknüpft werden. Eine starke Berücksichtigung der Eingangsklassen kann sich positiv auf die Gesamtentwicklung von inklusivem Unterricht auswirken.

Die Teilnehmer*innen erwarteten **Unterstützung** vom RZI, der Landesschulbehörde, der Stadt Oldenburg und vom Land Niedersachsen, die in **Forderungen** formuliert wurden.

Forderungen an das **RZI**:

- Das RZI erstellt rechtzeitig ein transparentes Konzept, wonach die Förderschullehrkräfte in den verschiedenen Schulen eingesetzt werden.
- Die Bedarfe der einzelnen Schulen werden nicht nur ermittelt, sie werden nachhaltig vom RZI durch Beratung und Zuweisung von Fachkompetenz unterstützt.
- Das RZI begleitet Schulen bei der konzeptionellen Arbeit.

Forderungen an die **Stadt Oldenburg**:

- Die Stadt Oldenburg muss das Raumkonzept für Schulen derart erweitern, dass durch ausreichend Kleingruppen- und Therapieräume individuelle Betreuung ermöglicht wird.

Forderungen an die **Landesschulbehörde**:

- Die Förderstunden für Schüler*innen mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung im Bereich „Sozial-emotionale Entwicklung“ müssen nach Gutachtenlage gewährt werden.
- Inklusive Schulen in sozialen Randlagen und mit einem hohen Inklusionsanteil benötigen zusätzliche Therapeut*innen und pädagogische Mitarbeiter*innen. Die zugewiesene sonderpädagogischen Grundversorgung kann nicht ausreichen.

Forderungen an das **Land Niedersachsen**:

- Das Land Niedersachsen muss die Ausbildungskapazitäten für Regelschullehrkräfte zur Lehrkraft mit Lehrbefähigung Sonderpädagogik drastisch erhöhen.
- Die Studienplatzkapazität für Sonderpädagogik ist insgesamt zu erhöhen, um dem Mangel vorzubeugen.
- Die Lehrkräfteausbildung muss für alle Lehramtsstudiengänge um den inklusiv pädagogischen Ansatz erweitert werden.

Abschließend wurde von den Teilnehmer*innen der Wunsch geäußert, sich nach einem halben Jahr wieder zu treffen, um sich auszutauschen und politischen Nachdruck zu erzeugen. Sinnvoll erschien, dieses Treffen nach Primar- und SEK-I-Bereich zu splitten, da die Bedingungen im Primarbereich und dem gegliederten Schulsystem in der Sekundarstufe I sehr unterschiedlich sind.

Dieser Artikel wurde den betreffenden Institutionen / Personen mit entsprechender Kennzeichnung zugeschickt.

Elfie Feller



**OLDENBURG
WILL INKLUSION**



**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Kreisverband Oldenburg-Stadt**

Staugraben 4a
26122 Oldenburg

Tel. 0441 - 957 28 45 (Mi + Do 15 - 18 Uhr)

info@gew-oldenburg.de
www.gew-oldenburg.de



Tarifrunde Öffentlicher Dienst der Länder 2019

Im Januar war es wieder soweit, die Tarifrunde öffentlicher Dienst der Länder 2019 wurde mit der ersten Verhandlungsrunde eingeleitet.

Die erste wie auch die zweite Verhandlungsrunde waren ohne Ergebnisse geblieben, es gab von der TdL, u.a. mit dem niedersächsischen Finanzminister Hilbers besetzt, kein Angebot.

Die Hauptforderungen der GEW in der Tarifrunde 2019 waren u.a.

- Eine Erhöhung der Tabellenentgelte um 6 Prozent, mindestens aber 200 Euro bei einer Laufzeit von 12 Monaten!
- Einen Mindestbetrag von 200 Euro in allen Entgeltgruppen und -stufen
- Die Übernahme der Entgelt- und Eingruppierungsstrukturen des Bereiches Sozial- und Erziehungsdienst aus dem TVöD in den TV-L
- Eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung auf die Beamt*innen sowie Versorgungsempfänger*innen

Zur Durchsetzung dieser Forderungen hatte die GEW ihre tarifbeschäftigten Mitglieder im Geltungsbereich des TV-L in Niedersachsen am 11. Februar 2019 zu einem ganztägigen Warnstreik aufgerufen. Auch in Oldenburg sind viele Kollegen und Kolleginnen nicht zur Schule gegangen. Stattdessen haben sich im Streikcafé in der Oldenburger GEW Geschäftsstelle getroffen.

Ein weiterer landesweiter Streik fand am 27.02. in Bremen statt, an dem sich die Gewerkschaften GEW, ver.di, GdP und dbb beteiligten. Die Kolleginnen und Kollegen haben gemeinsam lautstark ihren Unmut gezeigt und ihr verbrieftes Grundrecht genutzt.

Rita Vogt

... ist Leiterin des Referats Tarifpolitik im Bezirk Weser-Ems.

Die am 3. März 2019 erzielten, positiven Ergebnisse der Tarifeinigung sind auf der Homepage der GEW Land und Bezirk einzusehen:



www.gewweserems.de
www.gew-nds.de



Landesweiter Warnstreik: Kolleg*innen vor der Oldenburger GEW Geschäftsstelle.



Landesweiter Streiktag in Bremen mit ca. 7.000 Streikenden!

Pädagogische Impressionen

Schule der Zukunft

Unter diesem Arbeitstitel fand sich eine Gruppe Interessierter im GEW-Bezirksverband-Weser-Ems zusammen, die Vorschläge für eine gemeinsame Schule entwickelt. Im Mittelpunkt stehen Überlegungen, wie eine INKLUSIVE Schule für alle Altersstufen verwirklicht werden könnte und welche Bedingungen für das Gelingen erfüllt werden müssten. In dieser Arbeitsgruppe wirken auch Mitglieder des Kreisverbandes Oldenburg-Stadt mit.

FRIDAYS FOR FUTURE

Auch in Oldenburg finden sich zunehmend mehr Schüler*innen freitags zur „Klimademonstration“ auf den Straßen ein. Die GEW-Oldenburg-Stadt begrüßt, dass Schulleitungen den Schüler*innen Verständnis bis Anerkennung entgegenbringen. Interessant ist hier, dass die Äußerungen von MP Weil stark abweichen von Erklärungen des KUMI und der Landesschulbehörde. Wie sehr IHR das? Das Engagement der jungen Menschen für den

Schutz unserer Umwelt kann gar nicht hoch genug geschätzt werden. Der GEW-KV-Oldenburg-Stadt hofft auf weitere und breite Unterstützung dieses Vorhabens und eine intensive Diskussion.

Schule im Aufbruch

Diese Initiative orientiert sich an dem *Weltaktionsplan: Bildung für Nachhaltige Entwicklung* (UNESCO), der Verantwortung für sich selbst, für Mitmenschen und unseren Planeten zum Inhalt hat. Hier zeigen sich durchaus Parallelen zur Motivation der Demonstrationen „fridays for future“.

Margret Rasfeld, eine Mitbegründerin der Initiative „Schule im Aufbruch“, informierte im November 2018 in der IGS Flötenteich gemeinsam mit Schüler*innen über Schulen, die schon nach diesem interessanten Ansatz unterrichten. Schule wird durch diese neue Ausrichtung völlig reformiert und auf die Lebensbedürfnisse der Lernenden ausgerichtet.



Weitere Infos über „Schule im Aufbruch“:
www.Schule-im-aufbruch.de

Schulentwicklung in Oldenburg:

Wie sind die Lasten bei der Auflösung der Förderschulen verteilt?

Ich habe in den vergangenen Jahren die Schulentwicklungsplanung in Oldenburg verfolgt – in meiner Funktion für den Förderverein „Bildungs-Chancen im Blick“, aber nicht ohne meine GEW-erschaffliche Herkunft zu verstecken. Vielleicht habt ihr in der E&W Niedersachsen meine Einschätzung dazu hinsichtlich der Integration und Inklusion der geflüchteten und vielen weiteren nicht-deutsch-muttersprachlichen Schüler*innen gelesen¹: dass an den Oberschulen Schüler*innen mit Flucht/Ausländer/Migrationshintergrund mit 55% etwa sechsmal so stark vertreten sind wie an den Gymnasien (9%) – und dass weder der Schulentwicklungsgutachter noch die Ratsfraktionen das als relevant für die Schulentwicklungsplanung angesehen haben. Auch GEW-Kritik konnte daran nichts ändern.

Als Ende letzten Jahres dem Schulausschuss die neue Oldenburger Schulstatistik vorgelegt wurde, standen darin auch alarmierende Zahlen zur Inklusion der Schüler*innen mit besonderem Förderbedarf (und immer noch keine Zahlen zum Migrationshintergrund der Schüler*innen). Ich habe diese Statistik ausgewertet und das Ergebnis in den bei der E&W Niedersachsen eingereichten Artikel eingebaut – leider aber fiel dieser Abschnitt

dort vollständig der Kürzung zum Opfer:

*„Dieses Auseinanderdriften zwischen den Schularten bei der Herkunft findet im Übrigen in gleicher Weise auch bei der Verteilung der Schüler*innen mit besonderem Förderbedarf statt. Mit der inzwischen rechtlich zwingenden Vorgabe der Inklusion dieser Schüler*innen ins reguläre Schulsystem unter weitgehender Auflösung der bisherigen selektiven Förderschulen haben sich die Regelschulen auf deren Aufnahme und auf ein inklusives Schulleben einzustellen. Das war an vielen Grundschulen und IGSen auch vorher schon der Fall, für die meisten Oberschulen und Gymnasien wurde es eine neue Aufgabe – die aber von den Gymnasien ziemlich erfolgreich, unter Hinweis auf ihren besonderen, nämlich höheren Bildungsauftrag, abgewehrt wurde, mit der Konsequenz, dass die Inklusion hauptsächlich den Oberschulen zufiel. Insofern haben die in Deutschland traditionellen Selektionsprozesse nach der Grundschule etwa gleichzeitig mit dem Anwachsen der migrantischen Bevölkerung und mit dem Auslaufen der Förderschulen zu einer doppelten Zusatzbelastung für die Oberschulen geführt.“*

Ich schrieb diesen letzten Absatz zunächst noch ohne genaueren statistischen Hintergrund, eher aus der Sicherheit des Vorurteils. Leider wurde es inzwischen von der Oldenburger Schulstatistik voll bestätigt (siehe Grafik unten).

Es stellt sich heraus, dass die Gymnasien die ge-

Schüler*innen mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf (Schuljahr 2017/18)

Schulart	Schüler*innen insges. absolut %	davon sonderpäd. Förderbedarf absolut %
Grundschulen <i>Spreizung</i>	5.005 100 %	240 4,8 % 0 - 29 0 % - 13 %
Oberschulen <i>Spreizung</i>	1.950 100 %	196 10,1 % 36 - 71 8 % - 12 %
IGSen (Klassen 5 - 10) <i>Spreizung</i>	2.492 100 %	180 7,2 % 36 - 71 8 % - 12 %
Gymnasien (Klassen 5 - 10) <i>Spreizung</i>	3.372 100 %	27 0,8 % 1 - 11 0,2 % - 1,6 %
Alle Schularten (ohne Oberstufen) <i>Spreizung einzelne Schulen</i>	12.819 100 %	643 5 % 0 bis 71 0 % bis 13 %

Quelle: <http://buergerinfo.oldenburg.de/getfile.php?id=194681&type=do&>

sellschaftliche Inklusion der Jugendlichen mit erhöhtem Förderbedarf noch weitaus erfolgreicher aus ihrer Agenda herausgestrichen haben als bei den Migrant*innen. Als dem Oldenburger Schulausschuss diese Zahlen bekanntgegeben wurden – einschließlich der riesigen Diskrepanzen zwischen den verschiedenen Schulformen – gab es nur eine einzige kurze Nachfrage und keinen Diskussionsbedarf. Stattdessen wies der Schulausschuss auf die hohe Bedeutung der Oberschulen hin, die es zu stärken gelte – unausgesprochen blieb, dass die größte Stärke der Oberschulen die Entlastung der Gymnasien von der schwierigen Aufgabe der Inklusion und Integration ist.

Meine Schlussfolgerung bleibt: Die Oberschulen werden keine erfolgreiche Schulform sein, wenn die Lasten der Migration und Inklusion so ungleich zu ihrem Nachteil verteilt bleiben. Lasst uns nicht mehr als Erfüllung eines höheren Bildungsauftrags akzeptieren, wenn in Gymnasien gesellschaftliche Integration und Inklusion nicht auch gelebt und praktiziert wird.

Hansjürgen Otto

¹ „Beispiel Oldenburg: Integration und Inklusion an den Schulen – wer leistet was?“ in E&W Niedersachsen 1-2/2019, S. 20f. Eine frühere Fassung erschien als „Inklusion der Geflüchteten an den Schulen – wer leistet was? Beispiel Oldenburg“ in quer 22 (Internet-Zeitschrift der ALSO Oldenburg)

Überlegungen zur schulischen Inklusion geflüchteter Jugendlicher

Durch den von mir geleiteten Förderverein *BildungsChancen im Blick* habe ich einen Einblick in die Bildungs-, Integrations- und Inklusionsmaßnahmen für die geflüchteten Schüler*innen an Oldenburger Schulen. Mein Gesamteindruck ist positiv, was das Engagement der beteiligten Lehrer*innen und Sozialarbeiter*innen, Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen in Schulen, Schulamt und ergänzenden Bildungsträgern betrifft. Zugleich habe ich den Eindruck gewonnen, dass alle diese Maßnahmen, alles Engagement in den meisten Fällen bisher nicht ausreichen für erfolgreiche Schulabschlüsse und anschließend gute Chancen auf anspruchsvolle Berufsausbildungen. Diese Einschätzung kann sich selbstverständlich nur auf die Gruppe derjenigen beziehen, die mit der Flüchtlingswelle ab 2015 als Jugendliche mit 13 Jahren und älter nach Deutschland kamen, davor häufig lange keine Schulen besucht haben und oft erst hier ohne materielle Not kontinuierlich an Unterricht teilnehmen konnten. Für die Jüngeren, die hier kontinuierlich eine längere allgemein- und berufsbildende Schullaufbahn durchlaufen, könnten die Chancen besser sein, doch kann das derzeit vor Abschluss ihrer Schulpflicht noch nicht abschließend beurteilt werden.

Warum Schulversagen statt Schulerfolg?

Nun gibt es sicher eine Menge Gründe, warum

Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge nach langer schwieriger Flucht nicht alle sofort erfolgreich an ihrer Zukunft bauen können – ich will die vielen Probleme nicht aufzählen. Aber es gibt eigentlich auch eine Reihe guter Gründe, warum sie trotzdem nicht automatisch zu Schul- und Ausbildungsversagern werden müssten: nach allem, was man weiß, kommen sie eher aus mittelständischen Familien mit gehobenen Bildungsprofilen, die in ihren Heimatländern auch für sich weiterführende Schulabschlüsse und ggf. Hochschulstudien angestrebt hätten; und sie haben ihre Fluchten sicher nicht nur auf sich genommen, um unmittelbarer Lebensgefahr zu entkommen, sondern auch um hier in Deutschland sich gute Lebensperspektiven aufzubauen. Warum also gibt es bisher so viele geflüchtete Jugendliche, die nach Beendigung ihrer Schulpflicht keinen Schulabschluss erworben haben, und so wenige mit einem höheren Abschluss, mit Chancen auf eine gute Berufsausbildung oder gar mit Zugang zum Abitur?

Ein Grund dürfte darin liegen, dass für diese Jugendlichen die Zeit zwischen Ende ihrer Flucht und Ende der regulären Schulpflicht zu kurz für ein erfolgreiches Aufholen war – leider sind ja die damaligen Überlegungen zur Verlängerung der Schulpflicht für diese geflüchteten Jugendlichen nicht weiterverfolgt worden. Ein wichtiger weite-

rer Grund dürfte darin liegen, dass die Deutschkenntnisse, die sie in den vergangenen drei Jahren in den Schulen erwerben konnten (dafür hatte es ja viele Sprachlernklassen und anschließende weitere Sprachfördermaßnahmen gegeben), in zu vielen Fällen nicht ausreichten – jedenfalls nicht genug, um dem Unterricht in den Schulfächern erfolgreich zu folgen und darin gute Leistungen zu erbringen (ich habe der Landesschulbehörde und dem Schulamt dafür eine Reihe von Belegen für dieses Manko vorgelegt, die ich in den Schulen gesammelt habe; von entsprechenden Konsequenzen habe ich noch nicht gehört).

Deutschkenntnisse als Flaschenhals

Und das führt mich zu der These, dass hier bei uns die Chancen auf Schulerfolg sehr stark von den Deutsch-Sprachkompetenzen abhängen. Ihr findet diese Feststellung trivial, ist doch Sprache immer das zentrale Medium für Wissensvermittlung aller Art? Ja – aber: Ist es richtig, von den geflüchteten Jugendlichen zu erwarten, dass sie ihr Wissen allein über das Medium der deutschen Sprache erwerben? Und ist es dann richtig, ihnen mehrheitlich nur ein Sprachniveau von gerade mal B1 unterrichtlich zu sichern? Damit kann man zwar auf dem Pausenhof ausreichend kommunizieren, aber das reicht nicht gut für Textaufgaben in Mathe, für Gedicht-Interpretationen, für Geschichts-Referate – und zwar nicht nur nicht im Gymnasium, sondern auch nicht in der Oberschule und Berufsschule. Deutsch ist der Flaschenhals an unseren Schulen für jede Art und Richtung von Wissen und Kompetenz; wir sollten uns fragen, ob das richtig ist und, wichtiger noch, ab man es ändern kann.

Mehr Chancen durch bilingualen oder herkunftsprachlichen Unterricht?

Ein kleiner Ansatz könnte ja der bilinguale Unterricht sein – ursprünglich nicht gedacht für die hier verhandelte Klientel, sondern als schulischer Einstieg in eine bessere Fremdsprachpraxis, wie deutsche Kids sie dann etwa für Auslandspraktika und -studien brauchen können; die Flüchtlings-Jugendlichen hätten dabei dann wenigstens etwa gleiche Einstiegschancen wie die eingeborenen Deutschen. Aber gibt es bilingualen Unterricht außerhalb der Gymnasien? Und wer von den Flüchtlingen schafft es schon aufs Gymnasium? Wichtiger dürfte der muttersprachliche Unter-

richt in der Schule sein: Hier könnte nicht nur die Herkunftssprache weiter gepflegt werden (wichtig z.B. auch für eine spätere Rückkehr in die alte Heimat), hier könnten auch fachunterrichtliche Themen in der Muttersprache behandelt und damit Lernfortschritt auch dabei gefördert werden. Herkunftssprachlicher Unterricht ist in Niedersachsen ausführlich geregelt – als Möglichkeit, potentiell Wahl- oder Wahlpflicht-Angebot der Schulen; tatsächlich aber wird er kaum in den Sprachen der Flüchtlinge angeboten. Dabei dürfte es unter den erwachsenen Flüchtlingen wohl auch ehemalige Lehrer*innen oder sonst für solchen Unterricht Befähigte geben. Ich hörte von Fällen, wo das aber an fehlenden Nachweisen gescheitert sei – sollte man da nicht offener sein?

Inklusion verlangt mehr Entgegenkommen

In den niedersächsischen Erlassen zum Unterricht von Schüler*innen nicht-deutscher Herkunftssprache finden sich durchaus Regelungen, die es diesen Schüler*innen erleichtern sollen, ihre Fähigkeiten in Tests und Prüfungen zu beweisen – u.a. verlängerte Bearbeitungszeiten. Aber es ist auch unmissverständlich festgelegt, dass sie die gleichen Leistungen wie die deutsch-muttersprachlichen Jugendlichen erbringen müssen, also nicht gleichwertige, sondern identische Leistungen. Also muss auch ein syrischer Jugendlicher ein Goethe-Gedicht interpretieren, einen Test zur Weimarer Republik schreiben, wobei er immer schlechte Karten hat. Stattdessen könnte er doch viel besser Nagib Machfus interpretieren und die Entwicklung des arabischen Frühlings kommentieren – und damit auch seinen deutschen Mitschüler*innen neue Einsichten vermitteln. Inklusion heißt doch nicht, die „anderen“ aufzunehmen in eine unwandelbare größere Gemeinschaft (mit dem Zwang, sich anzupassen oder Außenseiter zu bleiben), sondern eine gemeinsame Basis zu schaffen, auf deren Grundlage sich alle entsprechend ihren unterschiedlichen Herkunft und Fähigkeiten einbringen können. Dieses Konzept, so scheint es mir, ist an den Schulen noch nicht ganz angekommen.

Hansjürgen Otto

Demonstration gegen den AfD-Landesparteitag in Oldenburg am 27.10.2018

Die AfD, eine populistische und in Teilen sehr rechts-lastige Partei, hat relativ kurzfristig die Weser-Ems-Halle in Oldenburg zum Veranstaltungsort ihres Landesparteitages gewählt. Knapp 14 Tage vor der Veranstaltung wurde bekannt, dass das Management der W-E-H nicht erfolgreich gegen diese Nutzung vorgehen konnte. Daraufhin unternahmen sehr viele unterschiedliche Initiativen aus der Zivilgesellschaft kreative Anstrengungen, um den Teilnehmer*innen der AfD-Versammlung den Widerstand spüren zu lassen.

Aus der AfD, also der Partei,

- die sich gegen jede Form der Zuwanderung nach Deutschland wendet,
- die gegen Homosexualität verbal massiv in das Vokabular der dunkelsten deutschen Geschichte greift,
- die sich nicht zu schade ist, STASI-Methoden oder das „Blockwart-Prinzip“ wieder zu beleben, um politische Gegner*innen zu denunzieren,
- die sich gegen friedliches Miteinander unterschiedlicher Kulturen, Ethnien, Lebensformen, Nationalitäten etc. stark macht und Vorurteile und Trennendes betont und Pluralität als Bedrohung vermittelt,

gab es zahlreiche merkwürdige Äußerungen zu den Grundrechten „Versammlungsfreiheit“ und „Meinungsfreiheit“. Dem können wir nur entgegenhalten: eine Partei, die der demokratisch orientierten Mehrheit im Lande Angst machen will, sollte sich nicht beschweren, wenn – wie im Oktober in Oldenburg – massiver ziviler Widerstand sichtbar wird.

Die Gegenveranstaltungen hatten zwei Schwerpunkte: Erstens am Vormittag dieses kalten Oktobertages die Delegierten zu „begrüßen“ mit Gegenwehr, dazu gehörten eine Gegenkundgebung zentral am Haupteingang der Halle und der vom DGB organisierte Info- und Demo-Stand am Berliner Platz.

Der zweite Teil der Gegenkundgebung war der eindeutig eindrucksvollste: ab 13:00 Uhr bewegten sich ca. 8 bis 10 Tausend Menschen in einem imposanten Demonstrationszug vom Hauptbahnhof über den Heiligengeistwall durch die Peterstraße, um weiter über den Pferdemarkt zur Weser-Ems-Halle zu gehen, wo die Abschlussveranstaltung stattfand. Die gesamte Fläche zwischen der Donnerschweer Straße und der W-E-Halle war gefüllt mit Menschen, die meisten hielten Plakate, Banner, Spruchbänder in den Händen.

An diesem Tag erlebte Oldenburg die zahlenmäßig stärkste Kundgebung der letzten Jahrzehnte. Ein breites Bündnis hatte zur Teilnahme aufgerufen. Der CSD Nord-West in Zusammenarbeit mit kirchlichen, religiösen Vereinen und Gruppierungen, einige politische Parteien und das ganze Spektrum gewerkschaftlicher Arbeit, (insgesamt über 120 Organisationen) haben ihre Sympathisant*innen und Mitglieder erfolgreich aufgefordert, gegen die Normalisierung des Zerfalls kultureller Errungenschaften zu demonstrieren.

Auf Plakaten gab es viele Forderungen gegen Homophobie, gegen Rassismus, gegen Populismus und gegen die Verharmlosung von Xenophobie. Auch Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit, Sexismus, etc. wurden skandalisiert. Das Thema, das die GEW ganz besonders betrifft, ist die Denunziations-Plattform, die ab 14. Dezember in Niedersachsen geschaltet werden sollte. Dies ist aus GEW-Sicht nicht das einzige Problem mit der AfD, aber schon eines der gravierendsten. Kolleg*innen haben ab jetzt teilweise wirklich Angst, auf der „schwarzen Liste“ der AfD (als angeschwärzt aufzutreten).

Der Haupteingang der Halle wurde von autonom demonstrierenden Antirassist*innen teilweise blockiert, so dass die Lokalpresse nichts Besseres



fand als die Verhaftungen von Gewaltbereiten zu thematisieren. Insgesamt eine sehr fragwürdige Auswahl der Schlagzeilen. Oldenburg hat die eindrucksvollste Großdemonstration der letzten Jahre erlebt. Das wäre angemessen gewesen.

Wir betonen ausdrücklich die sehr hohe Zahl von Teilnehmer*innen: Polizei-Angaben lauten über 6.000 Personen, Zählungen der Veranstalter*Innen gingen über 8.500 Menschen hinaus. Wir als lokale GEW in Oldenburg wurden auch von Mitgliedern anderer Kreisverbände, aber auch von unserer Landesvorsitzenden, Laura Pooth, unterstützt, die für ihre Teilnahme einen Termin an anderem Orte abgesagt hatte!

Redebeiträge vor, während und zum Schluss der Demonstration kamen u.a. von CSD Nord-West, seawatch, DIG. Alle forderten ein Ende der Ausgrenzungs-Rhetorik, ein Ende der Hassparolen und des Populismus.

Einziger Wermutstropfen bei dieser so erfolgreichen Veranstaltung: Die Tatsache, dass bei einer Großveranstaltung unter dem Motto „Keine Ausgrenzung – für Vielfalt und Toleranz“ eine Einzelperson über das zentrale Mikrofon als „anwesend“ und an diesem Orte „unerwünscht“ namentlich ausgegrenzt wird. Dieser Vorfall irritierte nicht wenige der Teilnehmenden und wir wünschen uns, dass derartiges sich nicht wiederholen möge!

Unter dem Strich muss man konstatieren: Falls die AfD noch einmal an diesem Ort tagen möchte, wird sie bedenken müssen, dass sich Oldenburg als Veranstaltungsort für die AfD als eher unattraktiv darstellt, denn der Widerstand der Zivilgesellschaft war (nicht nur an diesem Tag) unüberseh- und unüberhörbar.

Heinz Bührmann

Rede des Vorsitzenden der GEW-Oldenburg-Stadt, Heinz Bührmann, während der Demonstration gegen den AfD-Parteitag am 27. Oktober 2018 in Oldenburg

[...] Mein Grund hier zu reden ist unter anderem: Die AfD versucht zurzeit in fast allen Bundesländern Internetseiten aufzubauen, die einzig den Zweck haben, unliebsame LehrerInnen, die kritisch mit diesem Verein und deren Gebaren im Unterricht umgehen, zu DENUNZIEREN. Diese Vorgehensweise zeigt eindeutig, wes geistig Kind sie sind.

Nach der letzten Bundestagswahl 2017 hat Herr Gauland offen angekündigt: „Wir werden sie jagen, wir werden sie jagen!“ Wen die AfD-Leute als erstes jagen, wird nun deutlich. **Lehrkräfte in den Schulen.** Nach Blockwart-Manier und dem System der IMs wird ein Klima des feigen Anschwärmens hoffähig gemacht.

Haben die ehrenwerten Leute in der AfD so viel Angst vor Aufklärung, dass sie das Instrument der Verleumdung, des Verpetzens oder der üblen Nachrede brauchen? Von Populisten haben wir gelernt, wie sie die **politische Korrektheit** (eigentlich heißt das „Anstand/Respekt“) auf den „Müllhaufen der Geschichte“ werfen wollen, wie sie den politischen Diskurs mit miesen Vokabeln verderben/verrohen, und wie sie sich, wenn man ihnen solches nachweist, als Opfer darstellen.

Die armen Populist*innen! Die tun mir so leid. Ist ihnen doch allen gemein, dass es an bestimmten Stellen an Herz, Hirn oder Humor mangelt. Häufig an allen dreien!

Den Wählerinnen und Wählern, den Sympathisant*innen dieser merkwürdigen Demokratie-Bewältigungspartei sei gesagt: Man muss nicht gleich Demokratie-Feinde in die Parlamente wählen, wenn man Merkel oder Nahles nicht mag, wenn man Seehofer kritisiert oder nicht Grün ist mit den Linken.

Die AfD will, das kann man an vielen Redebeiträgen belegen, diese parlamentarische Demokratie überwinden - das hatten wir in Deutschland schon einmal. Es sind die Populist*innen, die das Wort Elite als Schimpfwort verwenden, weil sie selber nicht zu den Bildungsgewinnern zählen. Die Andern sind doof.



Die Bildungsverlierer*innen sind neidisch auf die Kompetenzen der Bildungsgewinner*innen. Deshalb wollen sie auch nicht das System akzeptieren oder stellen bestimmte Erkenntnisse DUMPF in Frage. **Beispiele?** Klima-Lüge / Lügenpresse/ Zensur der Medien / Gleichschaltungstheorien / ...

Wer wenig weiß, will nicht ständig gesagt bekommen, wie ungebildet er/sie ist. Populisten bieten einfache Antworten: Camp-trails, Verschwörungen, Ausweisung, Todesstrafe oder eben alles gelogen(FAKE), Die Liste der einfachen Lösungen bei komplexen Themen ist lang...(weilig).

Die Antwort auf Populismus - und das einzig probate Mittel dagegen - **ist Bildung!** Lernen tut manchmal weh, stellt man doch fest, dass man vorher einer irrigen oder merkwürdigen Theorie aufsaß. Oder es strengt an: Lesen, sich konzentrieren, sich hinterfragen, sich Diskussionen und anderen Auffassungen stellen ist echt anstrengend. Aber es bildet. **Bildung ist Prävention. Bildung ist gut gegen Einsamkeit. Bildung kann geistig schön machen! Bildung kann so angenehm sein!** Die, die bei der Bildung zu kurz gekommen sind, reden neidisch und Hass-erfüllt von Eliten. Fakten und Zusammenhänge sind da nur im Wege. Anstand/Respekt auch. Und Demokratie. Deshalb rede ich hier. Weil ich das einzig funktionierende Mittel gegen die Dumpf-Politik der Einfachen erkannt habe: BILDUNG!

Und die Leute, die Bildung vermitteln, tun **nicht irgendetwas**, sondern in der Regel betreiben sie Aufklärung, Motivation, Lebenshilfe, und tragen zu einer vielleicht erträglicheren, vielleicht besseren, zumindest nicht deutlich schlechteren Zukunft bei.

Bildung ist die Lösung, aber leider verbreitet sich Dummheit fast von alleine, wie die Pest.

Kreisvorstand GEW Oldenburg-Stadt

Stand: 7. März 2019

Vorstand

Heinz Bührmann	Uhlhornsweg 45 26129 Oldenburg	0441- 36 14 89 19 heinz57gew@ewetel.net	Vorsitzender
Paul-Willem Schläfke	Eichendorffstr. 12 b 26131 Oldenburg	0441- 7703057 Paul-willem.schlaefke@t-online.de	Schatzmeister

Weitere Mitarbeit

Elfie Feller	Eichendorffstr. 12b 26131 Oldenburg	0441- 7775757 elfie-feller@gmx.net	
Monika de Graaff	Am Tennispark 5 26127 Oldenburg	0441- 7 15 46 Fax 0441-5702223 m.degraaff@t-online.de	
Eva Bensch	Schulstr. 107 26180 Rastede	eva.bensch@ewetel.net	FG Senioren
Rolf Heidenreich	Am Tannenkamp 14 26935 Stadland	04732- 921070 Rolf_heidenreich@web.de	
Ines Jäschke	Freiherr-vom-Stein-Str. 64 26129 Oldenburg	0441-36180421 Ines.jaeschke@web.de	Kontakt zum DGB
Helmut Morgenbrodt	Am Hayengraben 2 26133 Oldenburg	0441- 204058 jackmorgenbrodt@web.de	
Rita Vogt	Kögel-Willms-Str. 14 26180 Rastede	04402 - 869921 Vogt.rita@ewe.net	FG PTF

Büro

Merle Bührmann	Staugraben 4a 26122 Oldenburg	0441-9 57 28 45 Fax: 248 8004 info@gew-oldenburg.de	Verwaltung Mittwoch und Donnerstag 15- 18 Uhr (während der Schulferien nicht besetzt!)
-----------------------	----------------------------------	---	--

Vorstand „Bildung und Solidarität“ Stiftung der GEW Oldenburg-Stadt

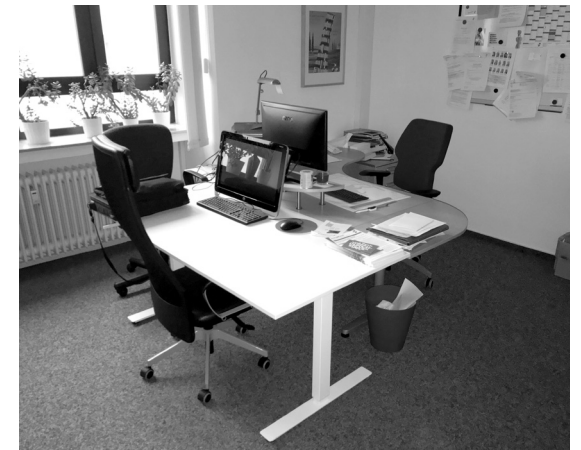
Hansjürgen Otto	Uhlhornsweg 41 26129 Oldenburg	0441- 7 47 01 hansjuergen.otto@t-online.de	Sprecher
Monika de Graaff	Am Tennispark 5 26127 Oldenburg	0441- 7 15 46 Fax 0441-5702223 m.degraaff@t-online.de	
Axel Kleinschmidt	Graf-Spee-Str. 44 26123 Oldenburg	0441- 9694994 Axel.kleinschmidt@uni-oldenburg.de	

Der Kreisvorstand tagt monatlich außerhalb der Schulferien. Termin und Ort der Sitzungen werden auch auf der Homepage des Kreisverbandes bekannt gegeben:
<https://oldenburg.gewweserems.de/2017/12/vorstandssitzungen-2019/>

Die Sitzungen sind öffentlich.

Was würdest **DU** vermissen ...

... wenn die Geschäftsstelle des GEW Kreisverbandes Oldenburg-Stadt geschlossen würde?



... die Tasse Kaffee im Büro ...

... Informationen vor Ort ...

... Schulungen der Personalräte / Vertrauensleute ...

... schulformbezogene Veranstaltungen ...

... Erstberatung und Weiterleitung von Anfragen der Mitglieder ...

... nette Gespräche in der Geschäftsstelle ...

Oder würdest Du gar nichts vermissen ?



DIALOGPOST
Ein Service der Deutschen Post

GEW-Kreisverband
Staugraben 4a
26122 Oldenburg

GEW/

JahresHauptVersammlung

GEW Kreisverband Oldenburg-Stadt

am Donnerstag, den **4. April 2019**

im Kulturzentrum PFL, Peterstr. 3
von 19.30 – 22.00 Uhr

Hauptthema:

Eure Chance zur Mitgestaltung!

Arbeitet der Kreisverband noch zeitgemäß?
Was sollte ANDERS werden?

Auf der JHV besteht die Gelegenheit, darüber
zu diskutieren, ob und wie die Geschäftsstelle
und die Vorstandsarbeit zukünftig aufrecht
erhalten werden kann.

Der „alte“ Vorstand möchte mit EUCH
gemeinsam neue Wege finden!

Impressum

Herausgeber_in: **GEW** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
Kreisverband Oldenburg-Stadt
Staugraben 4a, 26122 Oldenburg, Tel. 0441/957 28 45
info@gew-oldenburg.de

Redaktion: GEW KV Oldenburg-Stadt
Gestaltung: Gegendruck
V.i.S.d.P.: Heinz Bühmann, Uhlhornsweg 45, 26129 Oldenburg
Druck: Gegendruck
Auflage: 1.600

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

GEW/